

Norbert Berthold*

Terra incognita, Wirtschaftskrise und Unternehmertum

Dem Staat sind bei der Bewältigung der Finanzkrise umfangreiche Aufgaben zugewachsen. Das Potential des freien Unternehmertums wird dabei eher vernachlässigt. Inwieweit können die privaten Unternehmer zu einem neuerlichen Aufschwung beitragen? Welche Voraussetzungen sollte der Staat schaffen, um ihnen dies zu erleichtern?

Die Welt befindet sich im tiefsten wirtschaftlichen Schlamassel seit langem. Eine globale Rezession scheint nach Aussagen der Weltbank unvermeidlich.¹ Noch ist der Boden nicht erreicht. Der freie Fall hält an. Immer mehr Branchen und Unternehmen sind betroffen. Das Virus ist längst vom Finanzsektor in die Realwirtschaft übergesprungen. Opel scheint überall zu sein. Weltweit ist die Politik ratlos. Die Geldpolitik ist impotent. Selbst Null-Zinsen zünden nicht mehr. Haushalte und Banken horten Liquidität, private Unternehmen scheuen das Risiko, sie investieren immer weniger. Für die Fiskalpolitik steht der Lackmuestest noch aus. Ein Konjunkturprogramm jagt das andere. Die Politik gibt das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus, die staatliche Verschuldung erklimmt astronomische Höhen. Ordnungspolitische Grundprinzipien werden außer Kraft gesetzt, Protektionismus wird wieder hoffähig. Überall ist der Staat auf dem Vormarsch.

Terra incognita

Was wir gegenwärtig erleben, ist mehr als ein konjunktureller Einbruch.² Schon seit langem schleppt die Weltwirtschaft vielfältige Strukturprobleme mit sich herum, deren Lösung auf die lange Bank geschoben wurde. Eine lange viel zu expansive Geldpolitik³ und ein weltweites Überangebot an Ersparnissen⁴ haben falsche Anreize gesetzt. Niedrige Zinsen haben Ressourcen in falsche Verwendungen gelockt. Mit der Finanzkrise und dem politischen Umgang mit ihr erhöhte sich zu allem Übel auch noch die wirtschaftliche Unsicherheit drastisch. Das macht es Haushalten und Unternehmen schwerer, nicht leichter, den strukturellen Wandel zu meistern. Doch damit nicht genug. Strukturkrisen sind gegen konjunkturpolitische Maßnah-

men weitgehend immun. Auf diesem Weg lässt sich die Weltwirtschaftskrise nicht nachhaltig bekämpfen. Ohne tatkräftige Hilfe der Märkte fehlt den staatlichen Konjunkturspritzen der entscheidende Wirkstoff. Im schlimmsten Fall lähmen sie die Selbstheilungskräfte des Marktes.

Die Weltwirtschaft ist strukturell tief im Ungleichgewicht. National treiben immer produktivere Produktionsfaktoren und heterogenere Präferenzen den strukturellen Wandel. Die Finanzkrise offenbarte, der finanzielle Sektor ist zu groß, er produziert teilweise unverkäufliche Güter. Weniger risikofreudige Anleger fragen heute andere, scheinbar sicherere, staatliche Finanzprodukte nach. Der Bedarf an sektoraler Anpassung nimmt zu. International existiert ein gravierendes weltweites Ungleichgewicht in den Leistungsbilanzen zwischen Überschuss- und Defizitländern. Der notwendige Abbau verändert die Wechselkurse und mit ihnen die sektoralen Strukturen zwischen handelbaren und nicht-handelbaren Gütern in den betroffenen Ländern. Schätzungen gehen davon aus, dass der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am deutschen Bruttoinlandsprodukt kurzfristig um 1,8 Prozentpunkte sinken wird.⁵ Die Finanzkrise legt das gewaltige Strukturproblem der Weltwirtschaft offen. Die Krise ist erst

* Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Dipl.-Volkswirt Matthias Kullas.

¹ Pressemitteilung der Weltbank vom 8. März 2009: Crisis Reveals Growing Finance Gaps for Developing Countries.

² Vgl. N. Berthold: Kopflose Ökonomen, coole Politiker?, 4. Januar 2009, online: <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=387>.

³ Vgl. J. B. Taylor: The Financial Crisis and the Policy Responses: An Empirical Analysis of What Went Wrong, November 2008, online: <http://www.stanford.edu/~johntayl/FCPR.pdf>.

⁴ Vgl. B. Bernanke: The Global Saving Glut and the U.S. Current Account Deficit, 2005, online: <http://www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/200503102/>; und P. Krugman: Revenge of the Glut, in: New York Times vom 2. März 2009, S. A23; online: <http://www.nytimes.com/2009/03/02/opinion/02krugman.html>.

⁵ Vgl. R. Dekle, J. Eaton, S. S. Kortum: The burdens of global rebalancing, 27. August 2008, online: <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/1580>.

Prof. Dr. Norbert Berthold, 56, ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

ausgestanden, wenn die sektoralen Übertreibungen beseitigt sind.

Ein erheblicher Teil der knappen Ressourcen ist gegenwärtig weltweit wenig produktiv eingesetzt. Die Verwerfungen im aufgeblasenen Finanzsektor sind nur die Spitze des Eisberges. Auch die Immobilienbranche einiger Länder und der Automobilssektor sind verzerrt. Die Krise am Häusermarkt und Leistungsbilanzdefizite scheinen gemeinsam aufzutreten. Wachstum und Wohlstand steigen nur wieder, wenn es gelingt, suboptimal eingesetzte Faktoren effizienter zu verwenden. Unklar ist allerdings, welches die zukunftssträchtigen Wirtschaftszweige sind. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Politik nicht in der Lage ist, dieses Informationsproblem auch nur einigermaßen effizient zu lösen. Sie maßt sich Wissen an, das sie nicht haben kann und auch nicht hat. In marktwirtschaftlichen Ordnungen fällt diese Aufgabe deshalb privaten Unternehmen zu. Die massiven Konjunktur- und Rettungsprogramme stellen diese effiziente Lösung des Problems der wirtschaftspolitischen Zuordnung zunehmend in Frage. Das zeigt sich deutlich, wenn etwa die amerikanische Regierung dem maroden Autobauer GM vorschreibt, welche Autos er bauen muss, um in den Genuss von Subventionen zu kommen.

Unternehmer als Entdecker

Ein effizienter struktureller Wandel ist schon in normalen Zeiten nicht einfach. In diesen Zeiten, in denen nichts mehr so ist wie zuvor, gleicht er einer Herkulesaufgabe. Die Finanzkrise hat Risiken und Unsicherheiten erhöht. Bis zum Lehman-Desaster war es unvorstellbar, dass ein Finanzinstitut dieser Größe zusammenbrechen könnte. Mit der Insolvenz wurde schlagartig klar, dass es sich nicht um ökonomisch beherrschbare, versicherbare Risiken (known unknowns), sondern um eine Knight'sche Unsicherheit (unknown unknowns) handelt, für die es keine Erfahrungswerte gibt.⁶ Die wirtschaftlichen Akteure bewegen sich im strukturellen Wandel quasi auf unbekanntem, nicht kartiertem Gelände.

Private Unternehmer können als Treiber des strukturellen Wandels helfen, sie tragen wirtschaftliche Unsicherheiten.⁷ Schaffen sie neues Wissen, verringern sie die Unsicherheit potentieller Nachfolger. Daneben sichern sie Arbeitnehmer und Kapitalgeber gegen

schwankende Einkommen ab.⁸ Als Spezialisten für die Zukunft versuchen Unternehmer, ökonomische Entwicklungen richtig vorherzusagen, gehen nicht kalkulierbare Risiken ein und verändern die Welt mit ihren Entscheidungen. Dabei nehmen sie uns allen wirtschaftliche Unsicherheiten ab. Sie entdecken neue knappe Ressourcen, neue Präferenzen der Nachfrager und neue technologische Möglichkeiten. Das Ergebnis sind neue Produkte, bessere Produktionsverfahren, bisher unbekannte Märkte, und umstrukturierte Branchen.⁹ Unternehmen müssen das dafür notwendige Wissen nicht unbedingt selbst schaffen, sie können auch bereits vorhandenes in neue Produkte oder Prozesse umsetzen.¹⁰ Erfolgreich sind Unternehmer,¹¹ wenn sie die Wünsche der Nachfrager richtig antizipieren und knappe Ressourcen effizient nutzen, diese zu befriedigen. Liegen sie daneben, erleiden sie Verluste, im schlimmsten Fall gehen sie Pleite und verschwinden vom Markt.

Unternehmer stellen den Status quo immer wieder in Frage. Sie verlassen alte, ausgetretene Trampelpfade. Sind sie erfolgreich, übernehmen sie ökonomische Unsicherheiten und gestalten die Welt neu. Das ökonomische Risiko dabei ist allerdings groß, die meisten scheitern. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten wie diesen sind private Unternehmer unabdingbar, um aus der Krise zu kommen. Die Finanzkrise wirft ihnen derzeit allerdings Knüppel zwischen die Beine. Nur sehr eingeschränkt funktionierende Finanzmärkte erschweren die kreditäre Finanzierung riskanter unternehmerischer Expeditionen in die wirtschaftliche „terra incognita“. Der strukturelle Wandel gerät ins Stocken.

Politik als Expeditionsleiter?

Die Politik fackelt nicht lange. Sie übernimmt die Leitung der Expedition, ohne wirklich aufzubrechen. Eine expansive Fiskalpolitik soll das Schlimmste verhindern, den Absturz ins wirtschaftliche Niemandsland. Erfolg hat sie, wenn es ihr gelingt, wirtschaftliche Unsicherheiten zu verringern und Ressourcen produktiver einzusetzen. Beides ist fraglich. Eine expansive

⁶ Vgl. R. F. Hébert, A. N. Link: In Search of the Meaning of Entrepreneurship, in: Small Business Economics, Vol. 1 (1989), S. 39-49, hier S. 43.

⁷ Vgl. N. Berthold, M. Kullas, M. Neumann: Motivatoren und Demotivatoren für Unternehmer im deutschen Maschinen- und Anlagenbau, Impuls-Stiftung, Frankfurt a.M. 2007, S. 2 f.

⁸ Vgl. R. Thurik, I. Grilo: Determinants of entrepreneurial engagement levels in Europe and the US, Max-Planck-Gesellschaft Discussion Papers on Entrepreneurship, Growth and Public Policy, Nr. 2505, 2005, S. 5.

⁹ Vgl. J. A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1952, S. 100.

¹⁰ Schon Schumpeter hat auf diesen Fall hingewiesen: „The inventor produces ideas, the entrepreneur gets things done“. Vgl. J. A. Schumpeter: The Creative Response in Economic History, in: Journal of Economic History, Vol. 7 (1947), S. 149-159, hier S. 152.

¹¹ Ob Manager auch Unternehmer sind, ist umstritten. Da sie für Verluste nicht persönlich haften und somit keine Unsicherheit tragen, sind sie in der Definition von Frank Knight keine Unternehmer.

Fiskalpolitik zementiert den Status quo. Die Politik setzt die Mittel dort ein, wo es wirtschaftlich lichterloh brennt. Das sind oft die Sektoren, die – in ihrer gegenwärtigen Form – ihre Zukunft bereits hinter sich haben, wie etwa die Automobilindustrie, die Bauwirtschaft oder der Finanzsektor. Das gilt für die Abwrackprämie, Infrastrukturprogramme und Hilfen für den Bankensektor. Kein Wunder, dass in den notleidenden Branchen die Akteure oft mehr auf der effizienzverschlingenden Jagd nach staatlichen als nach ökonomischen Renten sind.¹² Die Probleme des strukturellen Wandels bleiben ungelöst.

Tatsächlich hält die Politik nicht nur am Status quo fest, sie versucht auch, die Ökonomie in ihrem Sinne zu restrukturieren. Wenn sie schon das viele Geld der Anderen ausgibt, so die offizielle Vorstellung, dann soll es möglichst in zukunftsfruchtige Bereiche fließen. Kommt es dabei ihrer Klientel zugute, um so besser.¹³ Heute ist „grüne“ Industriepolitik en vogue, morgen ist eine andere Branche politisch in Mode. Weder Politik noch private Unternehmen wissen, welche Branchen eine Zukunft haben. Allerdings sind private Investoren näher an den Märkten. Nimmt ihnen der Staat die Unsicherheit nicht ab, versuchen sie, eigenes Geld rentabel einzusetzen. Dagegen agieren staatliche Akteure relativ marktfern, sie spielen mit fremdem Geld und setzen auf bürokratische Planung. Dem Prozess der schöpferischen Zerstörung sind sie nicht ausgesetzt, Ineffizienzen halten sich länger. Die Erfahrungen gelten gestern wie heute und morgen: Politiker sind die schlechteren Unternehmer.

Einer expansiven Fiskalpolitik gelingt es auch nicht, wirtschaftliche Unsicherheiten abzubauen. Der Multiplikator solcher Aktivitäten ist zwar kurzfristig positiv, wenn auch geringer als oft angenommen.¹⁴ Dafür sorgt ein Einkommenseffekt. Schon mittelfristig dominieren aber negative Anzeizeffekte. Es gibt keinen „free lunch“.¹⁵ Expansive staatliche Maßnahmen müssen über höhere Steuern finanziert werden. Die Folgen sind bekannt: Es wird weniger Arbeit angeboten, weniger gespart und weniger investiert. Damit aber nicht genug: Werden staatliche Aktivitäten auf Pump finanziert, versetzt ein wachsender Schuldenberg die Bürger in Angst und Schrecken. Eine mögliche höhe-

re Inflation oder eine staatliche Pleite verunsichern die wirtschaftlichen Akteure. Und Unternehmen und Kapitalgeber wissen nicht, wann der staatliche Geldsegen endet. Die kurzfristigen Multiplikatorwirkungen sind deshalb kleiner als in simplen keynesianischen Modellen. Diese Aktivitäten schaden der Gesellschaft mehr als sie nützen.¹⁶

Unternehmen lassen

Die Erfahrung lehrt, die Politik ist überfordert, wenn sie sich als Spieler auf dem Feld der Wirtschaft versucht. Ihre eigentliche Aufgabe besteht darin, die Regeln zu setzen, nach denen gespielt wird, und sie auch durchzusetzen. Auch nach über einem halben Jahrhundert weisen die konstituierenden Prinzipien eines Walter Eucken den richtigen Weg. Die Garantie des Privateigentums, individuelle Vertragsfreiheit, freier Marktzugang und keine Handlung ohne umfassende individuelle Haftung bilden den Kern. Ein stabiler Geldwert sowie eine stetige und verlässliche Wirtschaftspolitik, kein Zickzack-Kurs, sind weitere Elemente, wirtschaftliche Unsicherheiten zu verringern. Das ist die Basis für riskante unternehmerische Expeditionen in wirtschaftlich unbekanntes Terrain.

Um aus dem gegenwärtigen Schlamassel herauszukommen, bedarf es allerdings mehr. Die Politik muss Unternehmer auch unternehmen lassen.¹⁷ Institutionelle Marscherleichterung in steinigem Gelände ist das Gebot der Stunde. Die Erfahrung zeigt, ein wachsender staatlicher Sektor hemmt ab einem bestimmten Punkt private unternehmerische Aktivitäten. Mit der gegenwärtigen Rettungsmanie des Staates ist der Rubikon überschritten. Staatliche Aktivitäten verdrängen private, höhere Steuern und Abgaben setzen vielfältige negative Anreize. Ineffiziente staatliche Regulierungen und eine wuchernde Bürokratie sind weitere Stolpersteine. Eine kostspielige Fiskalpolitik bringt die wirtschaftliche Entwicklung nicht wieder in Gang, im Gegenteil. Ein einfacheres, glaubwürdiges Regelsystem und weniger bürokratische Fesseln erleichtern es Unternehmern, wieder zu unternehmen.

Damit nicht genug: Unternehmer müssen auch unternehmen können. Dazu brauchen sie qualifizierte Arbeitskräfte, ausreichend Eigenkapital und Zugang zu Kapitalmärkten. Das erfordert flexible Arbeitsmärkte, steuerliche Entlastungen von Anlegern und Investoren

¹² Vgl. W. Baumol: Entrepreneurship: Productive, unproductive, and destructive, in: Journal of Business Venturing, Vol. 11 (1996), S. 3-22.

¹³ Vgl. R. Higgs: These Projects Are Shovel-Ready, All Right, 1. Februar 2009, online: <http://www.independent.org/blog/?p=1118>.

¹⁴ Vgl. G. S. Becker, K. M. Murphy: There's No Stimulus Free Lunch, in: The Wall Street Journal, 10. Februar 2009, S. A.17.

¹⁵ Vgl. R. J. Barro: Government Spending Is no Free Lunch, in: The Wall Street Journal, 22. Januar 2009, S. A.17.

¹⁶ Vgl. K. M. Murphy: Evaluating the Fiscal Stimulus, 16. Januar 2009, online: http://faculty.chicagobooth.edu/brian.barry/igm/Evaluating_the_fiscal_stimulus.pdf.

¹⁷ Vgl. N. Berthold, M. Kullas, M. Neumann: Wie motiviert man Unternehmertum in Deutschland?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 87. Jg. (2007), H. 12, S. 818-823, hier S. 822 f.

sowie funktionierende Finanzmärkte. Staatliche Ausgabenprogramme, auch sehr große, sind keine wirkliche Hilfe. Absolute ordnungspolitische Priorität muss aber ein funktionierender Finanzsektor haben.¹⁸ Ohne ihn ist alles nichts. Ein Patentrezept scheint allerdings, wie die bisherigen Versuche weltweit zeigen, noch nicht gefunden. Da Fremdkapital knapp ist, müssen sich Unternehmen mehr als früher aus eigenen Mitteln finanzieren. Staat und Tarifpartner sind gefordert, die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern, um riskante Expeditionen ins Unbekannte zu finanzieren.

Bürokratie und Regulierung

Die Banken sind gegenwärtig keine große Hilfe, den sektoralen Wandel zu finanzieren. Sie haben mehr als genug damit zu tun, ihre maroden Bilanzen zu sanieren, um die eigene Pleite und damit Schlimmeres für gesamte Volkswirtschaften zu verhindern. Unternehmen, die Scouts im Strukturwandel, müssen deshalb Investitionen vor allem aus eigenen Mitteln finanzieren. Das ist aber nur möglich, wenn die Gewinne nachhaltig steigen. Ein relativ kostengünstiger Weg ist der Abbau bürokratischer Hürden. Das erfordert keine kostspieligen staatlichen Ausgabenprogramme. Notwendig ist nur der Mut der Politik, den Widerstand staatlicher Bürokratien zu brechen. Das ist in Zeiten, in denen Staat und Regulierungen eine Renaissance erleben, alles andere als einfach. Nur: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Der aktuelle Report „Doing Business 2009“ der Weltbank zeigt, dass Deutschland erheblichen Nachholbedarf hat.¹⁹ Das gilt für alle Phasen des unternehmerischen Lebenszyklus, von der Gründung bis zur Liquidation. Die gegenwärtige Situation hierzulande lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Verwaltungsakte dauern länger, Hilfeleistungen für die öffentliche Hand (Einzug von Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, statistische Erhebungen) sind höher, die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung ist komplizierter als bei vielen der wichtigsten Konkurrenten auf den weltweiten Märkten. Bürokratiekosten schmälern die Gewinne der Unternehmen, der Spielraum für Investitionen sinkt. Das gilt vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, den Motoren für Wachstum und Beschäftigung.²⁰ Sie leiden seit langem besonders unter unnötigen bürokratischen Vorgaben.

¹⁸ Vgl. J. H. Cochrane: Fiscal Stimulus, Fiscal Inflation, or Fiscal Fallacies?, 5. Februar 2009, online: <http://faculty.chicagobooth.edu/john.cochrane/research/Papers/fiscal2.htm>.

¹⁹ Vgl. World Bank: Doing Business in 2009, Washington 2009, S.105. Vgl. auch M. Grömling: Politik für den Strukturwandel – auch in der Krise!, in WIRTSCHAFTSDIENST, 89. Jg. (2009), H. 2, S. 113-118.

²⁰ Vgl. D. Bös, U. Backes-Gellner: Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen, Wiesbaden 2004.

Wer die Kosten der Bürokratie verringern will, muss auch ineffiziente Regulierungen beseitigen. Die Ansatzpunkte eines Bürokratieabbaus haben sich nicht geändert. Nach wie vor gilt es, das Prinzip der Subsidiarität konsequent umzusetzen. Bürgern und privaten Unternehmen muss wieder mehr Freiheit und Eigenverantwortung eingeräumt werden. Weniger staatliche Regulierung und bürokratische Verwaltung ist oft mehr. Der Katalog bürokratischer Vorschriften muss radikal durchforstet und entrümpelt, Verfahren müssen vereinfacht werden. Bei heterogenen regionalen Präferenzen ist ein stärkerer Wettbewerb auf der Ebene der Bundesländer der beste Weg, die wuchernde Bürokratie in die Schranken zu weisen. Experimentier- und Öffnungsklauseln auf dezentraler Ebene sind ein Gebot der Stunde.

Löhne und Steuern

Eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung ist nur möglich, wenn Unternehmen wieder mehr investieren. Investitionen erzielen eine doppelte Dividende, sie helfen der Konjunktur und dem Wachstum. Mit höheren erwarteten Gewinnen steigen die Anreize der Unternehmen zu investieren. Arbeitnehmer können einen positiven Beitrag leisten, wenn sie zustimmen, einen Teil ihres Einkommens stärker an die Gewinne ihres Unternehmens zu koppeln. Die Grenzkosten der Arbeit sinken, die Gewinne steigen, Arbeitsplätze werden sicherer, Unternehmen investieren mehr, die Arbeitseinkommen steigen. Mehr Gewinnbeteiligung hilft Arbeitnehmern und Unternehmen. Organisationspolitische Motive der Tarifpartner haben bisher mit dazu beigetragen, mehr „Boni für alle“ zu verhindern.²¹ Vielleicht bringt die Krise endlich den Durchbruch des Beteiligungskapitalismus.

Die Politik gibt gegenwärtig weltweit horrend Summen aus. Private Investitionen werden allerdings eher stiefmütterlich behandelt.²² Die vielen Konjunkturprogramme enthalten zwar auch investive Komponenten, allerdings zumeist staatliche. Der Staat selbst gibt mehr für Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung aus. Diese Ausgaben fördern zwar auch private Investitionen, aber nur indirekt und mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung. Anreize, die private Investitionen direkt stärken, sind überall Mangelware. Die Politik ist darauf fixiert, die Konsumnachfrage zu stärken. Der keynesianische Tunnelblick verhindert, dass direkte Anreize für pri-

²¹ N. Berthold: Der Weg aus der Krise, 11. November 2008, online: <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=182>.

²² Vgl. H. R. Varian: Boost Privat Investment to Boost the Economy, in: The Wall Street Journal, 7. Januar 2009, S. A.17.

vate Investitionen gesetzt werden. Nur, woher soll der künftige Konsum kommen, wenn private Unternehmen nicht vorher kräftig investiert haben?

Es spricht vieles dafür, steuerliche Anreize zu setzen und Fehlanreize zu beseitigen, um sofort mehr private Investitionen anzuregen. Dabei sollte aber darauf geachtet werden, dass der sektorale Strukturwandel nicht behindert wird. Niedrigere marginale Steuersätze bei der persönlichen Einkommensteuer und den Unternehmensteuern sind geeignete Instrumente. Auch eine geringere Bemessungsgrundlage durch dauerhaft degressive Abschreibungen, zeitlich unbegrenzte Möglichkeiten der Verlustverrechnung, keine Substanzbesteuerung, Abbau der Zinsschranke und eine steuerliche Forschungsförderung kommen in Frage. Die steuerlichen Anreize sollten allerdings nur dann über staatliche Verschuldung finanziert werden, wenn sich die Politik glaubwürdig bindet, in wirtschaftlich besseren Zeiten die staatlichen Haushalte zu konsolidieren und staatliche Ausgaben zu kürzen.

Fazit

Die Weltwirtschaft ist im freien Fall. Ein gewaltiger weltweiter struktureller Wandel ist im Gange. Die Politik versucht gegenzusteuern, bislang mit mäßigem Erfolg. Sie setzt zu stark auf Hilfen für einzelne Sektoren und konsumnahe Ausgaben und zu wenig auf die Förderung privater Investitionen. Damit verzerrt und hemmt sie den Strukturwandel und verlängert die Rezession. Das Ziel, die Produktionsfaktoren effizient einzusetzen und Wohlstand zu schaffen, wird so nicht erreicht. Sinnvoller ist eine kapitalfördernde Steuerpolitik mit bindenden Regeln der Haushaltskonsolidierung in besseren Zeiten. Die Empirie zeigt, mehr wirtschaftliche Freiheit führt zu höherem Wohlstand für alle. Private Unternehmer sind die Katalysatoren in diesem Prozess, Freiheit in Wohlstand zu transformieren. Räumen wir also die vielen Hindernisse aus dem Weg, die Unternehmer darin hindern, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen. Lassen wir sie wieder unternehmen. Die wichtigste Aufgabe des Staates in diesen Zeiten ist ordnungspolitischer Natur. Er muss für funktionierende Märkte sorgen. Essentiell für die wirtschaftliche Genesung sind weltweit offene Güter- und Faktormärkte, keinesfalls aber Protektionismus. Offene Märkte erleichtern den Strukturwandel, bringen knappe Ressourcen in produktivere Verwendungen und verhindern eine zweite Weltwirtschaftskrise.